Krieg, Frieden und Demokratie

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **16 (1915-1916)**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-917263

Nutzungsbedingungen

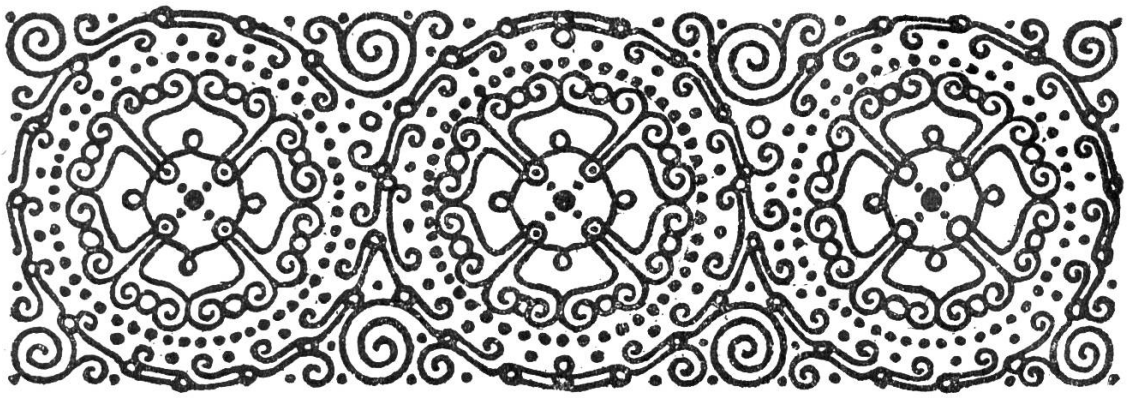
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



KRIEG, FRIEDEN UND DEMOKRATIE.[1]

Marcel Sembat, der französische Sozialistenführer, hat vor einigen Jahren, als er noch nicht ahnte, dass er einmal mit Théophile Delcassé im gleichen Kabinett sitzen werde, ein Buch geschrieben: *Faites un roi, sinon faites la paix.* Wenn Ihr nicht die Grundlagen der Republik untergraben wollt, so warnte er seine Landsleute, dann macht endlich einmal ehrlichen Frieden mit Deutschland und findet euch mit dem bestehenden europäischen Kräfteverhältnis endgültig ab. Aber im Innern die Demokratie haben und nach außen den Krieg vorbereiten, das ist ein Widersinn; entweder — oder! Man darf Sembats pointierte Alternative in einem allgemeineren Sinn auf die *Wechselwirkungen zwischen Völkerverhältnis und Verfassungsentwicklung* überhaupt anwenden und den Trägern der europäischen Demokratie zurufen: entweder arbeitet auf eine grundsätzliche Umgestaltung des internationalen Zusammenlebens hin, die künftig gewaltsame Auseinandersetzungen unter Kulturvölkern unmöglich macht, oder lasst eben die Dinge gehen, wie sie bisher auch gingen, so dass nach wie vor das Damoklesschwert des Krieges über Europa baumelt — dann verzichtet aber auch auf eine Weiterentwicklung der innerstaatlichen

[1]) Es ist mir eine besondere Freude, diesen Artikel eines Deutschen zu veröffentlichen, der (wie Herr Fernau im letzten Hefte und in der Broschüre *Gerade weil ich Deutscher bin*) ohne die Rechte seines Vaterlandes irgendwie zu schmälern, doch *den* Boden betritt, auf dem die Europäer sich allmählich finden werden. Auch bei uns, in der Schweiz, sieht man endlich ein, dass das Problem der Demokratie in vorderster Linie steht. Unsere Leser haben wohl bemerkt, dass *Wissen und Leben* systematisch und mit aller Entschiedenheit in dieser Richtung arbeitet. BOVET

Verhältnisse in der Richtung der Demokratie. Rüstungssteigerungen, seien sie defensiv oder offensiv gedacht, und Völkerfreiheit, Krieg und Demokratie gehen einfach nicht zusammen: Entweder — oder!

„Es gibt nichts, was die Fortschritte der Demokratie in so hohem Maße aufhält, wie das bestehende Völkerverhältnis . . . Die herrschenden Klassen wären ganz außer Stande, ihre bevorzugte Stellung aufrecht zu erhalten, wenn das Völkerverhältnis diese nicht kontinuierlich stärken und rechtfertigen würde . . . Äußere und innere Spannungen steigern sich durch den immanenten Kausalnexus zwischen äußerer und innerer Politik wechselseitig ins Ungemessene, so dass schließlich die Verhältnisse sich zur Entscheidung zuspitzen. Diese Entscheidung liegt zwischen Weltkrieg und Vertiefung der Demokratie." Die Wahrheit dieser noch vor dem Ausbruch des Kriegs niedergeschriebenen prophetischen Sätze aus Goldscheids bekannter Schrift [1]) liegt heute klar am Tage. In allen Ländern, die unter dem Druck der internationalen Hochspannung standen, führte der Zwang, zum Stoß nach außen alle Kräfte zusammenzufassen, zu einer derart straffen innerpolitischen Organisation, zu einer derartigen Überspannung des Autoritätsbegriffes, dass für eine Entfaltung der freiheitlichen Volkskräfte nur gerade so viel Raum mehr übrig blieb, als die Notwendigkeit der steten militärischen Schlagfertigkeit dulden konnte, und dass, wer immer Volksrechte und Volksfreiheiten verlangte, die den bestehenden Aufbau der Gesellschaft verschieben konnten, als „innerer Feind" gebrandmarkt wurde, der die Sicherheit des Landes gegenüber dem äußeren Feinde untergrabe.

So ist beispielsweise der vielgeschmähte und wenig verstandene „deutsche Militarismus" nichts anderes als die Rückwirkung der internationalen Lage, in der sich das junge deutsche Reich befand, auf seine inneren Verhältnisse. Im Herzen Europas gelegen, umgeben von alten Nationen, die sich an seine Existenz einfach nicht gewöhnen wollten, mit einer nach Osten hin völlig offenen, gegen Westen nur teilweise geschützten Grenze, glaubte es seinen staatlichen Bestand nicht besser schützen zu können, als wenn es bis an die Zähne bewaffnet dastünde, jeden Augenblick bereit, das Schwert zu ziehen. Es kann nicht

[1]) Rudolf Goldscheid, *Das Verhältnis der äußeren Politik zur innern*, S. 24 (Anzengruber-Verlag, Wien. 2. Aufl. 1915.)

weiter auffallen, wenn dieser Zustand im Laufe der Zeit auch auf die innere Politik Deutschlands abfärbte. Der rechte Militär denkt sich ja immer in den Ernstfall hinein; was Wunder, wenn er das Augenmaß für das im Frieden Mögliche, ja Notwendige allmählich verliert und sich innerhalb des Staates eine Stellung anmaßt, die ihm vom bürgerlichen Standpunkt aus unmöglich zugestanden werden kann, wenn es zu Kraftproben zwischen Militär- und Zivilgewalt kommt wie beim Fall Zabern, der in der Geschichte das klassische Beispiel des „preußischen Militarismus" bleiben wird, oder bei der Dreyfuß-Affaire, die das noch berühmtere Gegenstück für Frankreich bildet? Überall auf dem Kontinent ist das Heer die feste Stütze der autokratischen Elemente, der Herd aller reaktionären Bestrebungen; wirkliche politische Freiheit ist nur möglich in Staaten, die, wie die Schweiz, außerhalb des Machtkampfes der europäischen Großstaaten stehen oder, wie England und die Vereinigten Staaten, vermöge ihrer geographischen Lage nicht gezwungen sind, im Frieden ein starkes Landheer zu unterhalten.

Wenn aber schon der schlummernde Kriegszustand, der bewaffnete Friede, die Demokratie im besten Fall nur gnädig dulden darf, so muss die akute Form des Krieges, um der elementaren Sicherheit nach außen willen, alle bürgerlichen Freiheiten erst recht ausschalten. Unter Trommelschlag wird der Belagerungszustand verkündet; die Pressfreiheit, die Mutter aller Demokratie, wird aufgehoben, der weiße Fleck der Zensur gehört zum gewohnten Zeitungsbild auch bei den regierungsfrömmsten Blättern; der „Burgfriede" wird verkündet, der erfahrungsgemäß einseitig die reaktionären Gruppen begünstigt und so geht's fort: von politischem Leben, von politischem Kampf, dem Vater aller Dinge, von Freiheit und Fortschritt darf solange nicht mehr die Rede sein, bis die äußere Gefahr beschworen ist und die innere Politik wieder in ihr Recht treten kann. Demokratie und Krieg vertragen sich wirklich schlecht zusammen; wenn Mars sporenklirrend auf die Bühne stampft, tritt Libertas leise ab. Beide nebeneinander haben keinen Platz: Entweder — oder!

* * *

Indem wir dieses Entweder — Oder aussprechen, lehnen wir zugleich jene beliebte Formel ab, auf die man, französisch-englischem

Muster folgend, auch in zahlreichen neutralen Ländern den Krieg gebracht hat, die Formel, der Kampf der Entente gegen die Mittelmächte sei eine weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen *Demokratie* und *Autokratie*, und der endgültige Sieg der Freiheit könne nur dadurch gesichert werden, dass der „preußische Militarismus" ein für allemal zerschmettert werde. Wenn Demokratie und Krieg sich ausschließende Gegensätze sind, dann ist es eben unmöglich, dass die Demokratie durch eine ihr so wesensfremde Einrichtung, wie der Krieg ist, gefördert werden könnte, und dann hatte Jaurès durchaus recht, wenn er feststellte: „Die Erfahrung hat gelehrt, dass man der Freiheit eher schadet als nützt, wenn man sie mit der Waffe in der Hand hinauszutragen versucht."

Wie dieses ganze Gerede vom Kampf zwischen Demokratie und Reaktion überhaupt hat entstehen können, ist ja unschwer zu begreifen. Deutschland und Österreich-Ungarn sind konservativ-reaktionär regierte Länder, die europäischen Weststaaten aber sind Demokratien. Also, schließt man kühn, ist auch der Krieg zwischen diesen beiden Staatengruppen nichts anderes als eben ein Kampf der staatsrechtlichen Prinzipien, auf denen ihre innere Politik beruht, das heißt eben ein Kampf zwischen Autokratie und Demokratie. Wie oberflächlich diese Betrachtungsweise ist, sollte schon die Teilnahme Russlands an diesem „Freiheitskampf" lehren, denn all die Versuche, das Russland vom August 1914 als liberalen Musterstaat hinzustellen, können von denkenden Leuten doch unmöglich ernst genommen werden. Auch das passt sehr wenig in das Schema, dass es urteilsfähige neutrale Beobachter gibt, die behaupten, Deutschland, das Land des Volksheeres, der Volksschule und der Volksversicherungen, stehe an tatsächlicher, innerer Demokratie nicht unter Frankreich und England, die trotz ihrer formalen, äußeren Freiheiten eine gänzlich individualistische und aristokratische Staats- und Gesellschafts-Struktur hätten, und die der ketzerischen Ansicht sind, in der preußischen Einkommensteuer, die nun schon bald fünfundzwanzig Jahre alt ist, stecke mehr Demokratie als in den schönsten Deklamationen eines Pariser Ministerpräsidenten über Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte.

Wenn man aber näher auf die noch so wenig erforschten Zusammenhänge zwischen innerpolitischen Strömungen und weltpolitischen Zielen eingehen wollte, so würde sich eher heraus-

stellen, dass in Frankreich und England die reaktionären Kreise als Träger des Kriegsgedankens anzusprechen sind, während in Deutschland mehr die liberalen Volksschichten hinter dem Krieg stehen. Man kann daran erinnern, dass Bismarck das deutsche Reich direkt im Gegensatz zur preußischen Junkerpartei gegründet und ausgebaut hat und dass auch die unter Wilhelm II. erfolgte Wendung zur Weltpolitik wiederholt auf den entschlossenen Widerstand der Konservativen gestoßen ist. („Ohne Kanitz keine Kähne!") Trotz aller „staatserhaltenden", militärischen Überlieferungen haben die Konservativen die Heeres- und Flottenpolitik der Regierung nur darum unterstützt, weil dies bei der starren Opposition der Sozialdemokratie das einzige Mittel war, die Wirtschafts- und Finanzpolitik ihrem Klasseninteresse entsprechend zu bestimmen, während die weltpolitische Stellung des deutschen Reiches eine von Grund auf andere innere Politik verlangt hätte. Auf der andern Seite hatte in Frankreich die Revancheidee, um die sich seit 70 die ganze auswärtige Politik der Republik drehte, ihre leidenschaftlichsten Verfechter unter den reaktionären und klerikalen Elementen, während die Radikalen und Sozialisten unter Caillaux und Jaurès offen auf die Abkehr vom russischen Bündnis und auf eine Verständigung mit Deutschland hinarbeiteten. Es war nur logisch, dass der Sieg des französischen Chauvinismus auch den Monarchismus und Klerikalismus in Presse und Politik mächtig in die Höhe hob; die Royalisten und mit ihnen die kirchlichen Reaktionäre wittern Morgenluft, da sie in den vom Krieg entfesselten autoritären Kräften Bundesgenossen gewonnen haben, die ihnen im Kampfe für ihre Ziele in der Tat unschätzbare Dienste zu leisten vermögen.

Auch in England war es seit neun Jahren die konservative Opposition und ihre Presse, die die eigentliche Kriegspartei bildete; im liberalen Kabinett waren es hauptsächlich diejenigen Mitglieder, die den Konservativen nahe standen, die den Kriegsbeschluss durchdrückten, während die altliberalen Mitglieder mit ihrem Austritt aus der Regierung dagegen protestierten, und wenn dann später die Führer der Opposition auch offiziell ins Ministerium aufgenommen wurden, so war das nur die äußere Anerkennung eines Kräfteverhältnisses, das niemand mehr ein Geheimnis war. Nicht unrichtig ist auch schon bemerkt worden, dass ein im Widerspruch mit großen Teilen des Volkes unternommener Krieg, wie der Eng-

lands gegen Deutschland, nur möglich war in einem Land, wo die demokratische Einrichtung des Volksheeres unbekannt ist und die große Masse des Bürgertums ruhig zuhause bleibt, so dass der Krieg nicht viel mehr ist als eine schwere Wirtschaftskrise, wie sie auch sonst periodisch aufzutreten pflegt.

Doch könnte dieser ganze Gedankengang nur dann überzeugende Kraft bekommen, wenn man die negative Beweisführung — dass der Krieg nicht durch die antidemokratischen Kräfte in den Mittelstaaten verschuldet wurde — positiv ergänzen und zeigen wollte, dass dieser Krieg nicht ein Kampf zwischen entgegengesetzten Staatsauffassungen ist, sondern ein Kampf zwischen widerstreitenden *Machtinteressen*. Da dies aber außerhalb unseres Gegenstandes liegt, ist es wichtiger, zu fragen, ob vielleicht jene Gegenüberstellung von Demokratie und Autokratie nicht doch in der Weise richtig ist, dass die Niederlage des Vierverbands zugleich auch die Niederlage des demokratischen Gedankens in Europa bedeuten würde, dass also die Zerstückelung Deutschlands der Sieg der Demokratie wäre.

Ein französischer Sozialist hat uns vor einiger Zeit (vergl. *Humanité* vom 21. Sept. 1915) gesagt, was geschähe, wenn Frankreich nach dem Wunsche der deutschen Chauvinisten zerschmettert würde. In jedem Franzosenherz, so erklärt er, würde dann nur der eine Wunsch mehr glühen: die Revanche für eine solche Demütigung vorzubereiten. Frankreich würde ein einziges, ungeheures Militärlager, in dem alle Ansätze zu einer freiheitlichen und sozialistischen Entwicklung ersticken müssten. Für die Verwirklichung der demokratischen und sozialistischen Ideale dürfte vorerst kein Platz mehr bleiben, dann müsste alles Denken nur mehr dem einen Ziel gelten, Frankreich von der Invasion zu befreien und von der Verstümmelung zu heilen, die ihm widerfahren ist. Im gleichen Atemzug fährt dieser Mann freilich fort, wenn Europa Deutschland besiegt habe, dann habe es nicht nur die bedrohte Freiheit jedes Volkes gerettet, sondern Deutschland selbst. Das deutsche Volk werde sich dann, „wie es das Gesetz der Geschichte ist", gegen die am Krieg Schuldigen, die Hohenzollern, Zeppeline und Tirpitze, kehren, gegen sie rebellieren und sie verjagen.

Sonderbare Psychologie! Die „Grande Nation" brennt natürlich auf Revanche, aber der gute, dumme, deutsche Michel steckt ganz

selbstverständlich seine Prügel als wohlverdient ein und jagt den Kaiser und die Junker zum Teufel! Man erlaube einem Deutschen, der kein Chauvinist ist, der den Krieg hasst und das System der europäischen Politik, das dazu geführt hat, verwirft, zu sagen, was geschähe, wenn Deutschland entscheidend besiegt würde, so dass ihm also Frankreich und Belgien Elsaß-Lothringen und das übrige linke Rheinufer abnähmen, dass die Russen Ostpreußen und Schlesien annektieren, dass sich die Engländer auf Helgoland festsetzen würden, dass die Entente die deutschen Kolonien aufteilen und Deutschland eine entsprechend niedrig gehaltene Maximalgrenze für die Stärke seiner Wehrmacht vorschreiben würde. Was wäre die Folge davon?

Das nationale Ideal, dessen Inhalt die Befreiung der „unerlösten Gebiete" und die Wiederaufrichtung des Reiches in seiner alten Macht und Größe wäre, würde in Deutschland in alles verzehrender Glut auflodern, und vom ersten Tag dieses „Friedens" an würde eine militärische Vorbereitung und Neurüstung einsetzen — Mittel und Wege dazu würde Deutschland so gut finden wie nach 1806 —, gegen die die grandiosen Rüstungen, die die Zeit vor 1914 kennzeichnen, das reinste Kinderspiel wären und mit deren Hilfe Deutschland seine alte Stellung in der Welt ebenso sicher zurückerobern würde, wie Preußen vor hundert Jahren die napoleonische Fremdherrschaft unter ganz ähnlichen Bedingungen in dem mächtigen Aufschwung der Freiheitskriege abgeschüttelt hat.

Dass aber während dieses „Friedens" von einem Fortschritt der Demokratie, in Deutschland ebenso wie in den Staaten seiner zukünftigen Gegner, keine Rede sein könnte, das ist so selbstverständlich, dass man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Vor dem Krieg hat man das auch in Frankreich sehr wohl erkannt. Marcel Sembat selbst versetzt sich in dem erwähnten Buch „in die Haut eines Deutschen", um zu verstehen, was die nationale Einheit für jeden Deutschen bedeute, und in dieser Verwandlung erklärt er: „Sobald ich die deutsche Einheit bedroht glaube, erhebe ich mich, bereit, alles zu opfern, mein Geld, wenn ich etwas habe, und mein Leben. Einerlei, ob ich Sozialist, Liberaler oder Konservativer bin — wer die deutsche Einheit bedroht, der hat mich zum Feind." Und noch heute gibt es im Lager der

Gegner Deutschlands einsichtige Männer, die die Behauptung, eine Niederlage Deutschlands werde die Welt vom „preußischen Militarismus“ befreien, ohne Zögern für eine „sinnlose Phrase“ erklären. [1])

Nein, soll wirklich nach diesem Krieg die Bahn für ein kraftvolles Fortschreiten der europäischen Demokratie freigemacht werden, dann ist die Voraussetzung, dass der Friede nicht bereits wieder den Keim zu einem neuen Krieg in sich birgt, dass vielmehr ein Zustand der *Gleichberechtigung aller Staaten* auf Grund der Anerkennung ihrer ungeschmälerten nationalen Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen wird, ein Zustand, unter dem allein die zarte Pflanze der Freiheit, ungefährdet durch die Stürme eines aufs neue drohenden Weltkrieges, gedeihen kann. Dabei handelt es sich nicht allein um den eigentlichen Friedensvertrag, sondern weit mehr noch um die Schaffung desjenigen Bündnissystems, das den Aufbau der europäischen Demokratie am sichersten zu fördern vermag und das meiner Überzeugung nach nur in einem *Zusammenschluss der Mittelmächte mit den Weststaaten gegen den Osten* bestehen kann. Die Interessenten der Reaktion haben dieses Wechselverhältnis zwischen Demokratie und Frieden, zwischen Autokratie und Krieg längst erkannt und setzen, bewusst oder unbewusst, alles daran, das bestehende Völkerverhältnis mit seiner immanenten Kriegsgefahr zu konservieren, das ihnen immer die Möglichkeit offen hält, sich vor dem Erstarken der Demokratie aus der inneren Politik in die äußere zu flüchten und die Gefahr wieder einmal für einige Zeit zu beschwören. Die Anhänger der Demokratie müssen die umgekehrte Taktik befolgen, indem sie vor allen Dingen ihre Aufmerksamkeit der Schaffung eines friedlichen Völkerverhältnisses zuwenden, das in der inneren Politik aller Staaten der Demokratie erst den ihr zukommenden Platz zuweist und sie aus der Aschenbrödelstellung erlöst, zu der sie so lange verurteilt ist, als die Möglichkeit neuer Kriege den Militarismus, d. h. die beständige Rüstungssteigerung mit ihren innerpolitischen Begleiterscheinungen, aufrecht erhält. Nur wenn es den Völkern gelingt, den erstickenden Panzer ihrer Kriegsrüstungen abzuschütteln, unter dem Freiheit und Fortschritt hoffnungslos verkrüppeln,

[1]) Vergl. H. N. Brailsford, *Der Ursprung des großen Krieges*, und Norman Angell, *Wird der Krieg deutschem Militarismus ein Ende machen?*

werden sie aufrecht und frei ihren Weg gehen können, jedes dem Ziel entgegen, das ihm Geschichte und Begabung weisen.

* * *

Trotz aller dieser prinzipiellen Gegensätzlichkeit von Demokratie und Krieg erwarten wir aber doch, dass der gegenwärtige Krieg — vorausgesetzt, dass er mit einem wirklichen Frieden und nicht bloß mit einem Waffenstillstand abschließt — ungewollt dem demokratischen Gedanken neue starke Antriebe geben wird. Es hängt dies damit zusammen, dass dieser Krieg, hier mehr, dort weniger, ein *Volkskrieg* im wahrsten Sinn des Wortes ist, nicht bloß ein Krieg der stehenden Heere, allenfalls unter Beiziehung einiger Reserven, sondern ein Ringen der ganzen Völker, die ihre Wehrkraft bis zu einem Grad anspannen, der in der Geschichte unerhört ist, ein Krieg um die nationale Existenz selber. Wie nun im Begriff der Nation überhaupt ein starkes demokratisches Element steckt, so ergibt sich aus dieser höchsten Anspannung aller Volkskräfte ohne weiteres eine *Stärkung des demokratischen Bewusstseins:* der großen Demokratie der Pflichten, die dieser Krieg mit seiner gleichmäßigen Erfassung aller Staatsbürger zur Leistung der ungeheuerlichsten Opfer an Gut und Blut aufgerichtet hat, muss eine Demokratie der Rechte entsprechen, eine Neuorientierung der gesamten inneren Politik, der sich die Herrschenden nicht werden entziehen können.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen, so wird nach dem Weltkrieg das preußische Dreiklassen-Wahlrecht schlechthin unmöglich sein, und Dinge wie die mecklenburgische „Verfassung" gehören erst recht ins Museum für vaterländische Altertümer, in dem die fossilen Reste einer längst überwundenen Entwicklungsperiode aufbewahrt werden. In Russland vollzieht sich ja schon jetzt während des Kriegs eine innerpolitische Umwälzung in liberalem Sinn, deren Tragweite überhaupt nicht auszumessen ist, und auch in Frankreich wird, wenn einmal der Friede kommt, die ämterjagende Clique, die mit Hilfe eines Scheinparlamentarismus dem Volk Freiheit und Gleichheit überall da vorenthält, wo ihre persönlichen Interessen in Frage kommen, abdanken und einer geläuterten und gesäuberten, wahrhaft demokratischen Republik Raum geben müssen. Namentlich aber werden alle Völker der zünftigen Schuldiplomatie ein Ende machen

müssen, dem System der Geheimverträge, von dem Volk und Parlament nichts wissen und die gerade auch in den demokratischen Weststaaten einen so verhängnisvollen Anteil am Ausbruch des Weltkrieges bekommen haben; die Völker werden über Krieg und Frieden künftig selber, möglichst in direkter Abstimmung, mindestens aber durch das Mittel ihrer Parlamente entscheiden wollen und nicht mehr ihre Haut zu Markte tragen für die Aspirationen gewissenloser Staatsmänner, die zufällig an der Macht sind und die Völker nur als Rohmaterial für ihre dilettantischen Geschichtskonstruktionen missbrauchen.

Hat sich so der demokratische Gedanke Schritt für Schritt Neuland erobert, das bisher im beinahe selbstverständlichen Besitz freiheitsfeindlicher Mächte gewesen ist, so wird das wiederum seine Rückwirkung auf die Beziehungen der Völker unter einander nicht verfehlen können. Oder kann man sich denken, dass eine innerpolitische Organisation, die dem Volke gibt, was des Volkes ist, mit freiheitlichen Wahlrechten, Volksabstimmungen, parlamentarischer Entscheidung über Krieg und Frieden, Vorherrschaft der Zivilverwaltung gegenüber der Militärgewalt usw. noch länger ein Völkerverhältnis dulden werde, bei dem das Verbrechen eines fanatisierten Chauvinisten genügt, um das Signal zur blutigen Zerfleischung aller dieser Völker zu geben, von denen im Grund kein einziges den Krieg wirklich gewollt hat? Selbstverständlich wird auch die vorgeschrittenste Demokratie nicht alle Reibungen zwischen den Völkern beseitigen können. Ein gewisses Maß von nationalen Interessengegensätzen wird voraussichtlich immer bleiben, aber die Konfliktsmöglichkeiten werden bei demokratischer Ausgestaltung der inneren Politik, mit der eine vernunftgemäße Organisation der europäischen Staatenwelt nach außen hin Hand in Hand gehen wird, auf ein solch geringes Maß herabgedrückt werden können, dass deren friedlicher Ausgleich nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehören wird. Dann wird man mit mehr Berechtigung als der ehrgeizige Souverän, der das Schlagwort vom Kaiserreich, das der Friede sei, erfunden hat, sagen dürfen: La démocratie, c'est la paix.

ZÜRICH HUGO KRAMER

□□□